

Unbestritten: Wege aus der Krise finden wir nur gemeinsam!

„Arbeitslosigkeit bekämpfen!“

Ausgabe 5

Näheres auf Seite 2

Echt krass



So geht's:

- Wettbewerbspakt und TTIP stoppen S. 4
- Öffentliche Investitionen S. 5
- Arbeitszeit verkürzen S. 6
- Überstunden reduzieren S. 6



Österreich: höchste Arbeitslosigkeit seit über 60 Jahren!

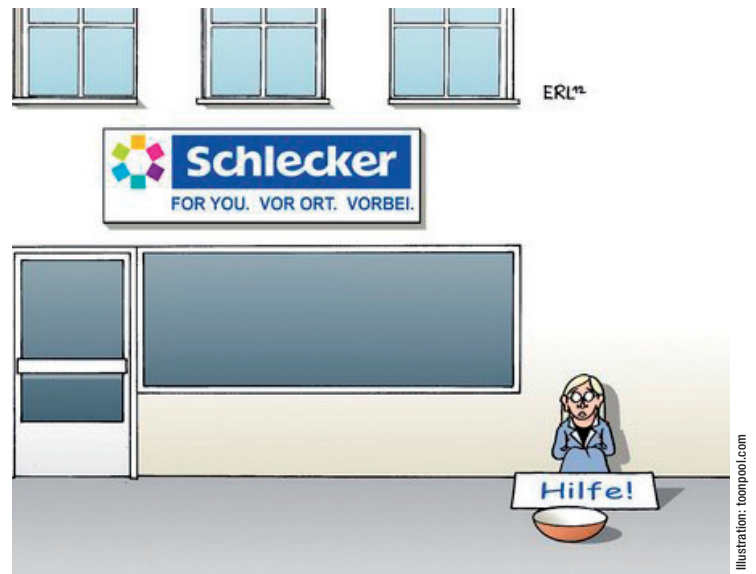
Auch wenn die Regierung immer wieder betont, dass Österreich im EU – Vergleich gut dasteht – die Realität ist eine andere. Im Jänner 2014 waren 450.000 Menschen ohne Job, so viele wie noch nie seit 1945! Und derzeit ist kein Land in Sicht. Laut Prognosen des AMS ist mit einem Rückgang erst ab Mitte 2015 zu rechnen. Der Kreditschutzverband gibt an, dass 32.000 Menschen in Österreich durch Insolvenzen ihre Jobs verloren haben. 385 weitere Stellen werden beim Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer (KBA) ge-

strichen. Die UniCredit Bank Austria will bis Ende 2015 800 Jobs einsparen. 200 Arbeitsplätze will Swarovski in Wattens abbauen, der Faserkonzern Lenzing 160. 5.000 Beschäftigte verloren durch die Insolvenz des Baukonzerns Alpine ihren Arbeitsplatz, bei der Drogeriekette dayli waren es 3.500, vorwiegend Frauen. Vor dem Hintergrund dieser Situation wird es noch unverständlicher, warum Milliarden an Steuergeldern für die Rettung von Banken vorhanden sind, für die Schaffung von Jobs aber nicht.

Explosion der Arbeitslosigkeit in der EU:

26 Millionen Menschen betroffen

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Union dramatisch angestiegen: 2007 waren bereits 15,9



Die Schlecker- bzw. Daily-Pleite kostete 3.500 Menschen den Arbeitsplatz

Arbeitslose in Österreich

2008:	268.752
2010:	323.651
2013:	338.421
2014:	369.837

(449.668 inkl. SchulungsteilnehmerInnen)

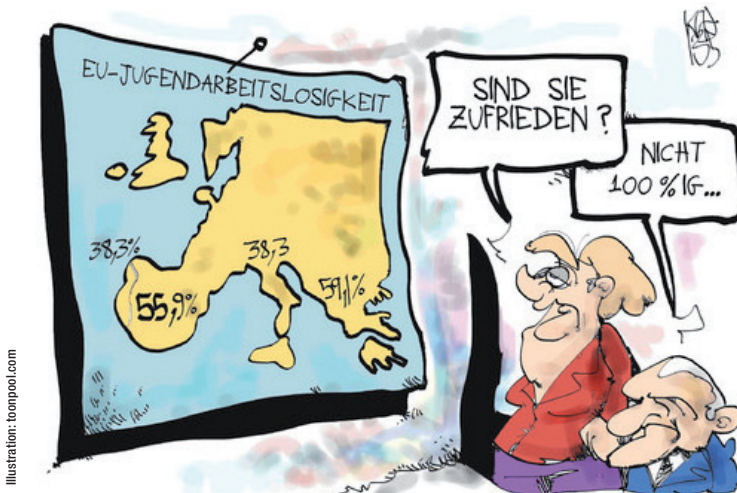
Dramatischer Anstieg der Arbeitslosen seit Ausbruch der Krise (Quelle APA/AMS)

Millionen Menschen ohne Arbeit, 2013 sind es 26 Millionen Menschen. Somit sind derzeit durchschnittlich elf Prozent arbeitslos. In den südeuropäischen Ländern der Eurozone ist die Situation besonders fatal: JedeR Vierte in Spanien und in Griechenland ist ohne Arbeit. In beiden Ländern ist vor allem auch die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch gestiegen. Mehr als die Hälfte der unter 25-Jährigen in Spanien und Griechenland haben keine Arbeit. Europaweit

hat fast ein Viertel der jungen Menschen keinen Job und damit auch äußerst triste Zukunftsperspektiven. Die Verschlechterung der Lage auf den Arbeitsmärkten heißt auch mehr soziale Unruhen und steigenden Zuspuch für nationalistische und rechtsextreme Parteien. Trotz dieser dramatischen Situation am Arbeitsmarkt gibt es seitens der EU keine Änderung des brutalen Kürzungskurses, der eine der Ursachen für diese Entwicklungen ist.

Impressum

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft vida, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352. Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 226769i. Offenlegung nach §25 Mediengesetz unter: <http://zeitschrift.vida.at/offenlegung>, Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort: Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner. Grafik: ÖGB/Stephanie Guberner, Fotos: Bildagentur Waldhäusl, toonpool.com.



EU-Krisenpolitik verschärft die Krise



Wirth Wilfried / Bildagentur Waldhäusl

EU-Krisenpolitik vergrößert die Einkommensschere

Kürzen, kürzen, kürzen – die Krisenpolitik der EU seit 2008 hat die Krise verschärft und die Arbeitslosigkeit erhöht. 26 Millionen Europäer waren Ende 2013

ohne Arbeit. Anstatt Finanzmärkte streng zu regulieren, wurden Sozialausgaben gekürzt, Löhne gesenkt, Massensteuern angehoben und Gewerkschaften geschwächt.

Der neoliberale Wirtschaftskurs wurde also fortgeführt. Die Konsequenz: die verfügbaren Einkommen sind kleiner geworden.

Das wiederum bewirkt einen Einbruch der Konsumnachfrage, der Produktion und der Beschäftigung und führt zu Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Steuereinnahmen. Trotzdem behauptet man weiterhin, dass der Staat öffentliche Investitionen stoppen soll und Ausgaben weiter kürzen muss, um aus der Krise zu kommen. Europa braucht genau das Gegenteil. Es braucht eine umfassende Zählung der Finanzmärkte. Es braucht

öffentliche Investitionen und die Stärkung der Kaufkraft, nur das schafft Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Für ein entsprechendes Beschäftigungsprogramm müssen die EU und die Regierungen der Mitgliedsländer Geld in die Hand nehmen. Woher? Aus einer höheren Besteuerung des Finanzsektors, von Vermögen und Spitzeneinkommen. Außerdem muss Kapital raus aus den Spekulationsgeschäften und in die Realwirtschaft fließen. Es braucht ein Ende der brutalen Kürzungspolitik und einen neuen Weg, eine soziale statt einer neoliberalen EU.

Arbeitslosigkeit: Die besten in Europa? Ein trauriger Rekord!



Das Austria Center – Resultat einer Arbeitsplatzoffensive unter Kreisky

Ernst Bernhard / Bildagentur Waldhäusl

Obwohl die Arbeitslosigkeit seit Jahren steigt vertröstet uns die Politik mit dem Hinweis, wir hätten immer noch die niedrigste Quote in der EU. Aber hilft uns das? Der eigentliche Skandal ist doch, dass wir uns mit inzwischen 450.000 arbeitslosen Menschen einfach abfinden! Das war nicht immer so: Als 1982 die Arbeitslosigkeit auf 3,7 Prozent angestiegen ist, wurde von der Regierung Kreisky der Notstand ausgerufen. Massive öffentliche Investitionen haben den Anstieg der Arbeitslosigkeit wieder gebremst und wir freuen uns immer noch über die damals geschaffenen Werte: Das Austria Center in Wien kurbelte den Tourismus an und auch den Arlbergtunnel möchte wohl niemand missen. Und heute? Die Arbeitslosenquote 2013 betrug dramatische 9,5 Prozent! Seit 1945 gab es nur im Jahr 1953 eine höhere Arbeitslosigkeit! Höchste Zeit also, wirklich etwas zu tun: Zum Beispiel die Arbeitszeit zu verkürzen, aber auch weniger Überstunden zu machen!

Geringere Löhne und Pensionen = mehr Arbeitslosigkeit

Griechenland, Spanien, Portugal, Irland – in diesen Ländern wurden die Löhne und Pensionen der Menschen seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise brutal gekürzt. Verordnet wurde das von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds unter dem Vorwand, dass damit die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Tatsächlich aber wurde die lokale Wirtschaft zerstört. Massenweise schlossen kleine Dienstleistungsbetriebe – vom Restaurant über den Friseurladen bis hin zum Installateur. Die Arbeitslosigkeit ist in diesen Ländern auf astronomische Höhen gestiegen. Diese Politik soll jetzt auf ganz Europa ausgeweitet werden (siehe



Waldhäusl Regina / Bildagentur Waldhäusl

Löhne und Pensionen werden in vielen EU-Ländern massiv beschnitten

Wettbewerbspakt). Kürzen bei Löhnen und Pensionen heißt aber nichts anderes als Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wohlstand braucht Löhne und Pensionen, von denen man leben kann. Hungerlöhne, Ein-Euro-Jobs und dergleichen sind lediglich gut für die Gewinnmargen der Konzerne.

Arbeitslose brauchen gezielte Unterstützung und keine Schikanen

Es ist schon schlimm genug, wenn man die Arbeit verliert. Schlimmer noch ist, wenn man sich plötzlich im Betreuungssystem Arbeitsmarktservice wiederfindet, aber alles andere als betreut wird. In der Regel haben die BeraterInnen des AMS nur wenige Minuten Zeit, um ein

geeignetes Angebot für arbeitslose Menschen zu finden. Viel zu oft werden sie unfreiwillig in Kurse geschickt, die ihnen bei der Suche nach einem neuen Job kaum weiterhelfen. Dabei bräuchten arbeitslose Menschen so schnell wie möglich wirkliche Unterstützung, genauso

wie ein höheres und wirklich existenzsicherndes Arbeitslosengeld. Ebenso braucht es geschulte BeraterInnen im AMS, die mit arbeitslosen Menschen respektvoll umgehen und ausreichend Zeit haben, um gemeinsam mit ihnen nach passenden Angeboten zu suchen: zum Beispiel

nach Weiterbildungen, die bei der Suche nach einem Job wirklich weiterhelfen. Oder bei der Suche nach gefördernten Arbeitsplätzen für jene Menschen, die schon lange arbeitslos sind und es besonders schwer haben eine existenzsichernde und menschenwürdige Arbeit zu finden.



Wettbewerbspakt = Des-Troika für alle!



Der Wettbewerbspakt vertieft die soziale Polarisierung in Europa

Lohn- und Pensionskürzungen oder längere Arbeitszeiten sollen nicht nur in den schuldengeplagten Krisenstaaten Südeuropas umgesetzt werden, sondern in allen EU-Ländern. Seit 2013 reden Merkel und Co von der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit als der Ursache aller Probleme. Sie behaupten, EU-Konzerne könnten am globalen Markt nichts mehr verkaufen, wenn die Produktionskosten (Löhne, Energie etc.) zu hoch seien. Ihre Antwort: der Wettbewerbspakt. Durch ihn sollen

sich EU-Mitgliedsländer vertraglich verpflichten, Löhne und Pensionen in Zukunft zu kürzen, Energie billiger zu machen etc. Der „Erfolg“ dieser Politik, die die Troika aus EU – Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds tagtäglich in Südeuropa vorantreibt: Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung. Daher müssen wir verhindern, dass Faymann & Co. der Des-Troika für alle zustimmen. Machen Sie mit bei der Plattform „Europa geht anders“.



TTIP: satte Profite und Klagerechte für Konzerne

Seit 2013 verhandelt die Europäische Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (engl. Abkürzung TTIP) mit den USA. Mehr Jobs und Wachstum wird uns versprochen. Das, was im Geheimen verhandelt wird, hat es aber in sich: mit der gegenseitigen Anerkennung von Produktionsstandards und Gesetzen soll der Zugang zu den Märkten des jeweils anderen erleichtert werden. Konzerne sollen die Möglichkeit erhalten, Staaten auf Schadenersatz zu klagen, wenn sie sich

unfair behandelt fühlen. All das soll Wachstum und Jobs bringen. Die EU-eigenen Studien rechnen mit 400.000 neuen Jobs in 15 Jahren – angesichts der jetzt schon 26 Millionen Arbeitslosen nicht einmal ein Tröpfchen auf dem heißen Stein. NAFTA (die nordamerikanischen Freihandelszone) zeigt, was kommt, wenn TTIP kommt: sinkende Umwelt- und Sozialstandards, noch mehr Billigjobs und Konzernklagen in Milliardenhöhe und somit noch mehr Profite und Macht für EU- und US-Konzerne. Widerstand ist deshalb nötig: ttip-stoppen.at



Wie viel Arbeit darf's sein? Es ist genug für alle da!

Die einen müssen Überstunden machen. Die anderen würden gerne mehr arbeiten. Wieder andere haben gar keinen Job. Es wird Zeit, Arbeit fair zu verteilen. Es ist eine Illusion, dass die Wirtschaft immer weiter wachsen kann und so ständig neue Arbeitsplätze entstehen. Will man Arbeit gerecht aufteilen, führt also an einer kürzeren Arbeitszeit kein Weg vorbei. Arbeitszeitverkürzung sichert Arbeitsplätze und auch Lebensqualität. Auch die Anhebung des Pensionsantrittsalters wird nur gelingen, wenn die Menschen länger gesund bleiben. Doch lange Arbeitszeiten



Jegg Roger / Bildagentur Waldhaus

machen krank. Vor allem Nacharbeit, unregelmäßige und überlange Arbeitszeiten erhöhen das Krankheitsrisiko beträchtlich. Die Devise

muss lauten: kürzer arbeiten, länger im Arbeitsleben bleiben! Damit werden nicht nur die Beschäftigten entlastet, mehr Freizeit geschaffen und

Ein „gutes Leben für alle“ durch gute und sinnvolle Arbeit

Die Antwort auf Arbeitslosigkeit scheint einfach: Jobwachstum lautet die Devise – aber Wachstum um jeden Preis? Was ist überhaupt für die Gesellschaft sinnvolle Arbeit? Woran soll gearbeitet werden, wo sollen neue Arbeitsplätze entstehen? Angesichts der Umwelt- und Klimakrise kann die Antwort auf die soziale Krise nicht nur blindes Jobwachstum sein.

Denn Arbeit formt Gesellschaft und die Richtung, in die sie sich entwickelt. Was wir jetzt brauchen, sind Arbeitsplätze, die ein „gutes Leben für alle“ sicherstellen. Investitionen in den öffentlichen Wohnbau und den



Sinnvolle Beschäftigung z.B. im Wohnbau als Antwort auf die Arbeitslosigkeit

Anmering Christian / Bildagentur Waldhaus

Ausbau von Pflege und Kinderbetreuung oder die thermische Gebäudesanierung schaffen solche Jobs, um nur einige Beispiele zu nennen. Ein Job alleine ohne Arbeitsplatzqualität ist zu wenig für den Anspruch, dass ein gutes Leben auch „gute Ar-

beit“ heißt. „Gute Arbeit“ ist Arbeit mit Sinn, mit einem existenzsichernden Einkommen, betrieblicher Mitsprache, verkürzten und nicht verdichteten Arbeitszeiten und an die Lebenssituation (Alter, Familie und Qualifikation) angepasst.

so auch unbezahlte Arbeit wie z.B. Kinderbetreuung und Haushalt fairer verteilt. Ganz wesentlicher Effekt ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und ihr Erhalt in Krisenzeiten. Bedingung für eine Arbeitszeitverkürzung: Es darf zu keinen Reallohn-einbußen der Beschäftigten (Stichwort „Lohnausgleich“) und zu keiner Arbeitsverdichtung kommen. Durch die Kosten, die sich AMS und Krankenkasse sparen, ist das auch schnell finanziert. Gerade mal 10 Prozent müssten die Arbeitgeber übernehmen, ein fairer Anteil.

Klimaschutz als Jobmotor – kommt die dritte industrielle Revolution?

„Die dritte Industrielle Revolution“ kündigt der Zukunftsforscher Jeremy Rifkin in seinem gleichnamigen Buch an. Sie wird möglich durch das Zusammentreffen neuer Informationstechnologien mit neuen Energietechnologien. Und tatsächlich, während die Arbeitslosigkeit europaweit grassiert, gäbe es in Wahrheit eine Fülle an neuem Potential: Investitionen in den Klimaschutz kosten nur ein Zwanzigstel dessen, was im Falle von Untätigkeit an Schaden entstehen würde, errechnete der Wirtschaftsnobelpreisträger Sir Nicholas Stern. Klimaschutz ist gleichzeitig ein Job-Motor: Etwa 70.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten laut einer Studie des Umweltministeriums in Österreich geschaffen werden. Allein 35.000 davon im Bereich thermische Sa Ausbau erneuerbarer Energietechnologien und 15.000 durch den Ausbau moderner, sanfter Verkehrsinfrastruktur. Worauf warten wir also?

Jetzt Deklaration „Gute Arbeit“ unterzeichnen! https://gute-arbeit.at/jetzt_unterstuetzen.html

Warum gerade jetzt der Staat investieren muss

Beschäftigung schaffen – Wandel bewirken!

Wenn alle sparen haben am Ende nicht alle mehr, sondern viele weniger! Denn wenn niemand investiert, kommt das wirtschaftliche Leben zum Erliegen. Deshalb muss in Krisenzeiten der Staat als Investor einspringen. Der Vorteil dabei: er kann mit seinen Investitionen gleichzeitig einen positiven gesellschaftlichen Wandel anregen. Im Zivilgesellschaftliche

Zukunftsbudget finden sich dazu zahlreiche Vorschläge: die Unimilliarde etwa würde 14.000 Jobs schaffen. Durch Investitionen von einer weiteren knappen Milliarde in den öffentlichen Verkehr würden 10.000 weitere Arbeitsplätze entstehen. 300 Millionen Euro in den Ausbau der Pflege ergäben 7.000 neue Jobs. Doch können wir uns das leisten? Ja! Zukunftsinvestitionen, die bis zu 160.000 neue Arbeitsplätze schaffen, könnten mit Vermögens- und Ökosteuern gegenfinanziert werden. Damit wäre gleichzeitig ein Schritt zu mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit getan, Ausgaben für Arbeitslosigkeit reduziert und Konsum wie Konjunktur belebt. Rundum ein sozial treffsicherer Einsatz öffentlicher Gelder!

tionen, die bis zu 160.000 neue Arbeitsplätze schaffen, könnten mit Vermögens- und Ökosteuern gegenfinanziert werden. Damit wäre gleichzeitig ein Schritt zu mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit getan, Ausgaben für Arbeitslosigkeit reduziert und Konsum wie Konjunktur belebt. Rundum ein sozial treffsicherer Einsatz öffentlicher Gelder!



Ernst Bernhard / Bildagentur Waldhaus

10.000 Arbeitsplätze durch eine Investitionsmilliarde in den öffentlichen Verkehr

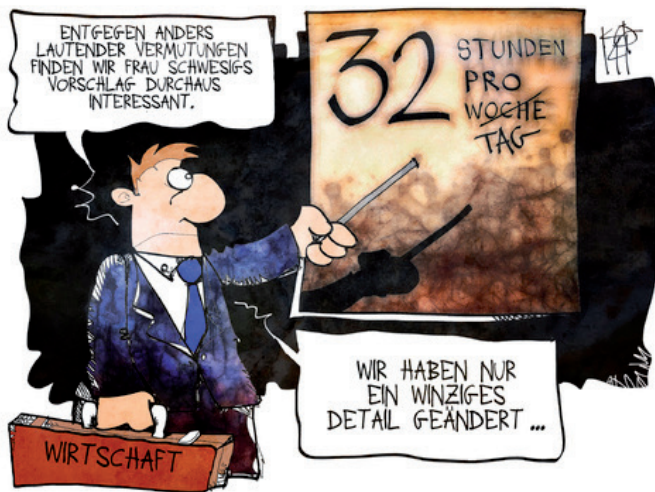


Illustration: tompool.com

Arbeit gerecht teilen durch Arbeitszeitverkürzung!

Wir sind Silbermedaille!

Leider kein Grund zur Freude: Es handelt sich nämlich um den Wettbewerb, wer in Europa am meisten Wochenstunden arbeitet. 300 Millionen Überstunden haben die ÖsterreicherInnen 2012 geleistet, fast jede vierte Überstunde ist unbezahlt. 300 Millionen Überstunden, das sind 40.000 Vollzeitjobs, die angesichts der Arbeitslosenraten dringend gebraucht werden! Während also Druck, Flexibilitätsanforderungen und Gesundheitsbelastung für die einen steigen, sind andere arbeitslos oder in einem Teilzeitjob, der die Existenz nicht sichern kann. Zuerst müssen die Überstunden eingedämmt werden, z.B. in dem sie teurer werden. Unternehmen, die durch die Anordnung von Überstunden Arbeitslosigkeit verursachen, müssen diese auch mitfinanzieren. Ein Euro pro Überstunde ergibt 300 Millionen Euro im Jahr, die sinnvoll für den Arbeitsmarkt und Gesundheitsförderung eingesetzt werden können.

Untere und mittlere Einkommen steuerlich entlasten!



Richter Harald / Bildagentur Waldhaus

BezieherInnen niedriger Einkommen zahlen in Österreich im Vergleich zu anderen EU-Ländern viel höhere Steuern. Eine Steuerensenkung muss also zuerst hier ansetzen. Unser Vorschlag: eine Steuergutschrift von 60 Euro pro Monat (720 Euro/Jahr) für Personen mit Bruttoeinkommen ab 386,80 Euro pro Monat. Ab einem Bruttojahreseinkommen von 15.000 Euro reduziert sich diese Gutschrift schrittweise. Ab Einkommen von 33.000 Euro beträgt sie wie jetzt auch schon 54 Euro pro Jahr. 2,8 Millionen Menschen – vor allem Frauen – würden davon profitieren. Eine Senkung des Eingangssteuersatzes wäre der nächste Schritt.

„Im Grunde haben wir eine 30-Stunden-Woche. Nur arbeiten die einen 40 und mehr Stunden, andere sind arbeitslos.“

Hans Holzinger

von der Robert-Jungk-Stiftung für Zukunftsfragen

Kurswechsel für Europa möglich machen

Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise müsste die EU eine demokratische und sozial gerechte Politik machen, die dem Wohlstand aller und nicht dem Reichtum einiger weniger dient. Es ist der falsche Weg, Banken für systemrelevant zu erklären, 26 Millionen Arbeitslose aber nicht. Um soziale Standards, Löhne, ArbeitnehmerInnenrechte und Mitbestimmung zu garantieren muss die EU zu einer solidarischen Steuer- und Sozialunion werden.

Statt einem Steuerwettbewerb nach unten müssen alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben leisten. Erst EU-weite Mindeststandards für Kapital- und Vermögenssteuern machen die so dringend nötige Sozialunion möglich. Sie könnte soziale Mindeststandards, gute und fair verteilte Arbeit für alle, garantierte Gewerkschaftsrechte und eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge garantieren.

Zukunftsinvestitionen und Steuersenkungen durch Steuern auf große Vermögen und Erbschaften finanzierbar



Kurswechsel Richtung „gutes Leben für alle“ – Vermögen besteuern!

Steuern auf große Vermögen und Erbschaften bringen Milliarden an zusätzlichen Steuereinnahmen. Die Johannes Kepler Uni Linz errechnet bis zu fünf Milliarden Euro durch eine Vermögenssteuer, eine Erbschaftssteuer brächte laut WU Wien zwei Milliarden.

Kleine Vermögen und Erbschaften bleiben steuerfrei. Angesichts der enormen Konzentration von Vermögen in Österreich – fünf Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens (= 660 Milliarden Euro) – ist das problemlos möglich und auch notwendig.

Banken verkleinern – EZB reformieren



Die europäische Zentralbank muss Staatsanleihen endlich direkt garantieren

Sechs Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise werden noch immer Banken als systemrelevant gerettet und dafür Löhne, Pensionen und Sozialleistungen gekürzt. Zwar soll eine EU-weite Bankenunion künftig systemrelevante Banken beaufsichtigen, für die Beseitigung der Problemursachen wird nichts getan. Solange Banken, die riskante Geschäfte tätigen, nämlich weiterhin so groß und eng miteinander verwoben sind bleiben sie eine Gefahr und werden auch in Zukunft gerettet wer-

den müssen. Daher müssen diese Banken verkleinert und entflechtet werden. Das Bankengeschäft muss wieder darin bestehen, Unternehmen und Privaten für reale Tätigkeiten und Bedürfnisse Geld zu leihen.

Die Europäische Zentralbank muss die Staatsanleihen der Euroländer direkt garantieren. Nur so kann Finanzspekulation, die Macht von Ratingagenturen und Finanzmärkten und Staatsfinanzierung durch Privatbanken zu horrend hohen Zinsen beendet werden.

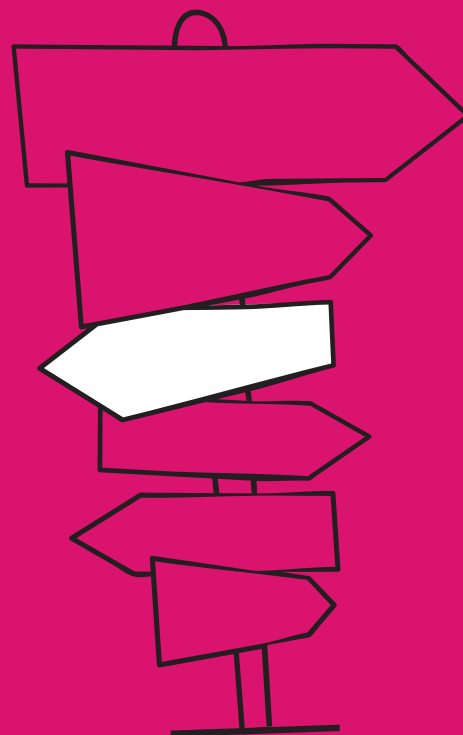
Das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget

Sozial gerecht
Ökologisch nachhaltig
Demokratisch



www.wege-aus-der-krise.at

In die **Zukunft** investieren statt **Sozialstaat** demonstrieren!



- **Arbeit neu verteilen statt Massenarbeitslosigkeit**
- **EU-weiten Steuerwettbewerb beenden**
- **Arbeit entlasten – große Vermögen besteuern**

GPA **djp**
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER

KAB
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN
BEWEGUNG ÖSTERREICH


DIE ARMUTSKONFERENZ.


GdG-KMSfB

%attac

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

GLOBAL 2000


GREENPEACE

www.oeh.ac.at
OHZ

SOS
MITMENSCH

vida


**wege
aus der krise**

Ja zu einem Zukunftsbudget!
Jetzt unterstützen!
www.wege-aus-der-krise.at